

## Briefe aus Berlin für Markus Dürr

«In der Politik braucht es den Agent provocateur. Nur so kommt die Botschaft an die Leute», erklärte der Luzerner Noch-Regierungsrat **Markus Dürr** gestern im Schweizer Radio DRS. Im «Samstagsgespräch» zur Gesundheitspolitik freute er sich denn auch noch-



mals diebisch darüber, dass er nicht nur für seine Politik, sondern vor allem auch für seine vielfachen und kernigen Forderungen bekannt wurde. Es nütze nichts zu sagen, Kinder müssten sich mehr bewegen. «Aber mit meiner Forderung nach Fahrverboten rund um Schulhäuser habe ich sogar aus Berlin Zuschriften erhalten.»

Damit ist der Luzerner Gesundheitspolitiker Dürr quasi der geistige Vater des deutschen Finanzministers **Peer**

## POLITAPÉRO

**Steinbrück.** Dieser gilt ebenfalls als Agent provocateur erster Güte, wählt aber eine völlig andere Richtung. Steinbrück polemisiert in Berlin – und erhält Reaktionen und Zuschriften auch aus Luzern.

Dass die Wirtschaft möglicherweise doch wichtiger ist als die Politik, zeigte sich am Menschenrechtsforum in Luzern. Während für den Auftritt von Nestlé-Verwaltungsratspräsident **Peter Brabeck** schätzungsweise 50 Sicherheitsleute und Polizisten aufgeboden werden mussten, reiste Aussenministerin **Micheline Calmy-Rey** still und leise – und vor allem alleine – per Mercedes direkt vor die Swiss Life Arena.

## Gesundheitskosten

# Ärzte drehen den Spiess um: Krankenkassen sollen sparen

**Sparen, sparen, sparen: Das müssen sich die Ärzte laufend anhören. Nun geben sie den Ratschlag weiter – und zwar an die Adresse der Krankenkassen-Chefs.**

VON JÜRGEN AUF DER MAUR

«Wir verlangen, dass auch die Krankenkassen sparen und nicht immer nur die Therapeuten.» Das sagt Hans Notter. Notter präsidiert die rund 6000 Mitglieder zählende Vereinigung Pulsus. Pulsus kämpft gegen überbordende Regulierungen im Gesundheitswesen, gegen bürokratische Staatsmedizin und gegen das Diktat der Krankenkassen. In der ursprünglich als Ärztereinigung ins Leben gerufenen Organisation kämpfen heute Therapeuten Seite an Seite mit Ärzten und anderen Leistungserbringern im Gesundheitswesen.

### Klare Forderungen

Die Explosion der Gesundheitskosten und die damit verbundene erneute Prämienrunde lässt dem Pulsus-Präsidenten nun den Kragen platzen: Nicht nur die Kostensteigerung im Gesundheitswesen, sondern auch die Krankenkassen seien «zu einem wesentlichen Teil» für den Kostenschub verantwortlich. «Alle sparen, nur die Krankenkassen nicht», sagt Notter und fordert dies:

● **Toplöhne beschränken:** Pulsus verlangt, dass die Spitzenlöhne der Kader gekürzt und auf eine Referenzgrösse von 215 000 Franken gestutzt werden. Topmanager der Krankenkassen sollen damit gleich viel verdienen, wie das Durchschnittseinkommen eines Arztes umfasst. Analog zur Bonus- und Managergehälterdebatte soll auch hier der Riegel geschoben werden. Notter: «Für Leute, die auf jeden Prämienfranken schielen müssen und nicht wissen, woher sie das Geld nehmen, ist das stossend.»

● **Anlagerichtlinien einführen:** Die Krankenkassen haben im letzten Jahr an der Börse viel Geld verloren. Es dürfe nicht sein, dass schliesslich die Prämienzahler darunter zu leiden haben. Deshalb verlangt Pulsus, dass künftig strenge Anlagevorschriften gelten.

● **Teuerungsausgleich aussetzen:** Angesichts der «horrenden Prämiensteigerung» sollen die Krankenkassen für ein Jahr Lohnanpassungen und damit auch den Teuerungsausgleich sistieren. «In der Innerschweiz hat es seit 13 Jahren für die Therapeuten noch nie einen Teuerungsausgleich gegeben, gleichzeitig hören wir, dass jene, die Gelder im Gesundheitsbereich verwal-



Die Ärzte sparen nicht mit Kritik an den Krankenkassen.

GETTY

ten, sich immer stärker bedienen. Das geht so nicht», sagt Notter und fordert zudem eine Überprüfung der Boni und Prämien für Krankenkassen-Angestellte.

● **Marketingmassnahmen kürzen:** Schliesslich verlangt Pulsus, dass die Krankenkassen ihre teuren Marketing- und Sponsorenmassnahmen überprüfen und einschränken.

### Krankenkassen wehren sich

«Wir haben nicht Geld verspekuliert, sondern Geld erwirtschaftet», wehrt sich CSS-Mediensprecher Stephan Michel gegen die Vorwürfe. Die Verwaltungskosten der Krankenversicherer seien tief: «Wir haben auch keine exzessiven Manager-Löhne.» Die vor-

geschlagenen Sparmassnahmen würden aus Sicht des CSS-Sprechers auch nicht viel bringen. Wenn die Marketingausgaben gestrichen würden, könnten die Prämien um 40 Rappen pro Monat gesenkt werden. Demgegenüber bedeute eine Senkung der Leistungskosten um 10 Prozent bereits eine Entlastung der Prämien von 20 Franken pro Monat.

Auch Rob Hartmans, Kommunikationschef des Branchenleaders Helsana, weist die Kritik zurück. «Die Forderungen von Pulsus sind nicht durchdacht und ändern rein gar nichts an der

## EXPRESS

- Die Löhne der Krankenkassen-Manager sollen beschränkt werden.
- Dies fordert die Vereinigung Pulsus – und legt weitere Sparvorschläge vor.

## KRANKENKASSEN

### Grossverdiener ohne Transparenz

Die Löhne der Krankenkassenmanager sorgen immer wieder für Ärger und entsprechend scharfe Worte in der Politik – obwohl eigentlich nichts bekannt ist. Der Luzerner CVP-Sanitätsdirektor Markus Dürr bezeichnete es vor einem Jahr als «Schweineerei», dass Helsana-CEO Manfred Manser 880 000 Franken – inklusive aller Nebenleistungen – beziehe. Immerhin: Als einziger der Branche hat Manser seinen Lohn offengelegt, bei allen anderen ist man auf Schätzungen angewiesen. So wird vermutet, dass CSS-Chef Georg Portmann 430 000 Franken, Visana-Chef Peter Fischer 399 000 Franken oder Hans-Ueli Reius von der Swica 394 000 und Otto Bitterli (Sanitas) 382 000 Franken verdienen. Jean-Paul Diserens (294 000, Assura) verdient deutlich weniger. Pierre Alain-Maillard, Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz, forderte deshalb schon vor Jahresfrist Schritte der Politik: «Wenn wir bei den Krankenversicherern nicht intervenieren, steigen die Gehälter in den nächsten Jahren auf über 1 Million Franken», sagte er damals dem «Blick». **adm**

ungebremsten Mengen- und Preisausweitung. Die Entlohnung des Helsana-CEO Manfred Manser bewege sich, so Hartmans, im Rahmen von staats-beziehungsweise staatsnahen Betrieben wie der Suva.

### Helsana legt Zahlen offen

Konkret: 2008 habe Manfred Manser brutto 676 000 Franken verdient. Weil aufgrund des Geschäftsverlustes 2008 kein Bonus ausbezahlt wurde, dürfe Mansers Lohn im laufenden Jahr bei rund 450 000 Franken liegen. Die im Geschäftsbericht (freiwillig) veröffentlichten 892 000 Franken entsprächen der Gesamtvergütung nach Offenlegungsrichtlinien der Schweizer Börse. Und, so Hartmans: Seit 1998 bewegten sich die Löhnerhöhungen für Helsana-Mitarbeitende zwischen 1,2 und 2,6 Prozent. Hartmans: «Wie bei allen Privatunternehmen erfolgen Lohnrunden nicht automatisch, sondern leistungsbezogen.»

**«Alle sparen, nur die Krankenkassen nicht. Das ist stossend.»**

HANS NOTTER,  
PRÄSIDENT PULSUS

## NACHRICHTEN

### Neue Substanzen auf Verbotliste

**Genf** – Mensch und Umwelt sollen besser vor Schadstoffen geschützt werden. An einer am Samstag zu Ende gegangenen internationalen Konferenz in Genf haben sich die Vertragsparteien erstmals für die Aufnahme von neuen Schadstoffen auf die Verbotliste ausgesprochen. Dabei handelt es sich um Flammenschutzmittel sowie Pestizide und Arzneimittel, wie das Bundesamt für Umwelt (Bafu) am Samstag mitteilte. (ap)



**Bonus:** Die ganze Liste mit den neuen verbotenen Substanzen gibt es auf [www.zisch.ch/bonus](http://www.zisch.ch/bonus)

### Exit half 167 Menschen

**Zürich** – Die Sterbehilfeorganisation Exit hat im vergangenen Jahr 167 Mitglieder in den Freitod begleitet. Exit habe sich zudem im Jahr 2008 verstärkt politisch engagiert, bilanzierte der Verein am Samstag an seiner Generalversammlung in Zürich. Die Zahl der Mitglieder habe im Jahr 2008 stagniert, sagte Exit-Vorstand Bernhard Sutter auf Anfrage. So habe Exit zwar rund 1500 Neuanmeldungen verzeichnet, durch natürliche Todesfälle seien aber etwa gleich viele Mitglieder verloren gegangen. (ap)

## HAUSÄRZTE

# Startschuss für die Hausarzt-Initiative

«Wenn nicht bald etwas geschieht, gibt es in zehn Jahren keine Hausärzte mehr», sagt Margot Enz, Vizepräsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Allgemeinmedizin. Jetzt gehen die Hausärzte in die Offensive. Gestern beschlossen sie auf dem Bürgerstock, noch diesen Herbst eine Volksinitiative zu lancieren. Diese verlangt, dass die Hausarztmedizin als wesentlicher Bestandteil der Grundversorgung in der Verfassung garantiert wird. Ziel sei, den Hausarztberuf aufzuwerten und ihn für den medizi-

nischen Nachwuchs attraktiver zu machen. Gefordert wird deshalb auch eine verbesserte Abgeltung der diagnostischen, therapeutischen und präventiven Hausarztmedizin.

### Angst vor Lücke auf dem Land

Wenn nichts passiert, drohen fatale Folgen. Gerade in den ländlichen Regionen ist es absehbar, dass dort in wenigen Jahren in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung eine Lücke klafft. «Viele werden bald pensioniert, und der Nachwuchs fehlt», erklärte der

Entlebucher Arzt Willi Baldi erst vor kurzem an einer Tagung in Luzern.

Die derzeitige Gesundheitspolitik aus dem Departement Couchepin zeige, dass man qualifizierte Ärzte offenbar langfristig durch ein «Nurse-System» ersetzen wolle. Statt durch vollausgebildete Ärzte, so die Befürchtung, solle dereinst in Randregionen nur noch eine minimale medizinische Grundversorgung durch Fachpersonal angeboten werden. Peter Indra, Vizedirektor im Bundesamt für Gesundheit, beteuerte zwar, dass das BAG weiterhin auf die

Hausärzte setze. Die Zweifel der rund 120 anwesenden Ärzte konnte er aber nicht aus dem Raum schaffen.

### De Haller verspricht Sukkurs

«Ich finde die Initiative gut. Ich denke, dass wir die Allgemeinärzte in ihren Anliegen unterstützen können», sagt Jacques de Haller, Präsident FMH, der Dachorganisation der Schweizer Ärzte, gegenüber der «Zentralschweiz am Sonntag». Die Grundversorgung müsse, so de Haller, gestützt werden. **AP, ADM**